

ANTRAG

Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 24. Februar 2024

Antragsteller*in: *Sonja Schiffers, Holger Haugk, Andreas Meinicke, Mattia Nelles,
Sava Stomporowski*

Tagesordnungspunkt: *TOP 6 Anträge und Diskussion*

A1NEU: Für eine parteiübergreifende Aufarbeitung der deutschen Russland-Politik jetzt!

Antragstext

1 Wie konnte es zu einer der größten deutschen außenpolitischen Fehleinschätzungen
2 – der deutschen Russlandpolitik der letzten Jahrzehnte – kommen, die
3 vollumfänglich erst seit dem 24. Februar 2022, mit dem Beginn des russischen
4 Angriffskrieges gegen die gesamte Ukraine, realisiert wurde?

5 Die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie ihre politischen
6 Entscheidungsträger*innen standen immer an der Seite der
7 Menschenrechtsverteidiger*innen und Demokrat*innen in Russland und galten zu
8 Recht als die härtesten Kritiker*innen des Kreml-Regimes im deutschen
9 Parteienspektrum. Dennoch gab es auch unter uns Grünen Haltungen, die die
10 Bedrohung durch Russland - darunter militärisch, energiepolitisch und mit Blick
11 auf den Wettbewerb zwischen Demokratien und Autokratien – nicht ernst genug
12 nahmen.

13 Die Mitglieder der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Deutschen Bundestag
14 werden aufgerufen, sich fraktionsübergreifend für eine unabhängige Enquete-
15 Kommission aus Fachleuten einzusetzen, um die deutsche Russlandpolitik seit
16 Beginn der Präsidentschaft Wladimir Putins im Jahr 1999 historisch und
17 systematisch aufzuarbeiten. Im Kern geht es darum, Faktoren und Strukturen zu
18 identifizieren, die zur gescheiterten deutschen Russlandpolitik beigetragen
19 haben, um ähnliche strategische Fehler im Umgang mit autoritären Staaten, wie
20 etwa der Volksrepublik China, in Zukunft zu vermeiden. Daher geht es u.a.um
21 folgende Fragen:

22 1) Wie konnte es zur sicherheitspolitischen Fehleinschätzung kommen, dass

23 Russland unter Wladimir Putin keine direkte militärische Bedrohung für
24 Deutschland und Europa darstellen würde, insbesondere vor dem Hintergrund der
25 völkerrechtswidrigen Annexion der Krim im Jahr 2014?

26 2) Warum kam es nicht zu angemessenen Reaktionen auf Russlands Aggressionen, die
27 sich in Form von Cyberattacken, Spionage, Mordanschlägen und
28 Destabilisierungsversuchen gegenüber Deutschland und Europa zeigten?

29 3) Wie konnte es zu den energie- und wirtschaftspolitischen Abhängigkeiten,
30 insbesondere durch russische Rohstoffimporte (Gas, Kohle und Öl) kommen, ohne
31 dass die Gefahren für Deutschland ausreichend berücksichtigt und sogar
32 strategische Infrastruktur wie Gasspeicher an Russland verkauft wurden? Warum
33 wurden in diesem Zusammenhang die Vorteile des wirtschaftlichen Austausches mit
34 Russland lange überschätzt („Wandel durch Handel bzw. Annäherung“)?

35 4) Warum wurden die Warnungen unser mittel- bzw. osteuropäischen Nachbarn als
36 eigentliche Nachbarn Russlands durch die Mehrheit der politischen
37 Entscheidungsträger*innen nicht ernst genommen und wieso hat die zunehmende
38 Autokratisierung in Russland, gekennzeichnet durch Unterdrückung und Verfolgung
39 der demokratischen Opposition und Zivilgesellschaft sowie damit einhergehende
40 Einschränkung der Menschenrechte nicht zu einem Umdenken in der deutschen
41 Russlandpolitik geführt?

42 5) Wieso verfangen und verfangen noch immer viele russische
43 Desinformationskampagnen in bestimmten Teilen der deutschen Gesellschaft und
44 warum gelang es der russischen Regierung, ungestört pro-russische Netzwerke und
45 gefährliche Abhängigkeiten in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Deutschlands
46 aufzubauen?

47 6) Welche Rolle hat die deutsche Wirtschaft in der Russlandpolitik gespielt und
48 inwiefern haben möglicherweise deutsche Unternehmen dazu beigetragen,
49 Deutschland in gefährliche Abhängigkeiten zu treiben?

50 7) Warum hat die Politik auf Russlands wachsende schädliche Einflüsse im
51 Globalen Süden keine strategischen Antworten gefunden?

52 Diese und weitere Aspekte sollten systematisch aufgearbeitet werden, um
53 katastrophale Fehler perspektivisch zu vermeiden und damit weiteren Schaden von
54 Deutschland und Europa abzuwenden. Dabei sollte die Enquete-Kommission aktiv von
55 allen relevanten Entscheidungsträger*innen in ihrer Arbeit unterstützt werden
56 und notwendige Dokumente aus den beteiligten Ministerien zur Verfügung gestellt
57 bekommen. Die gewonnenen Erkenntnissen müssen transparent behandelt und der

Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

Begründung

Hinweise:

Antragstellende: Sonja Schiffers, Holger Haugk, Andreas Meinicke, Mattia Nelles

Der Antrag basiert auf einem fast identischen Antrag der SPD Berlin

https://parteitag.spd.berlin/app/uploads/pdf/II_2023//Antrag_58II2023_Fuer_eine_-parteiuebergreifende_Auf-2.pdf. Dieser floss in den Leitantrag zur Außenpolitik ein, der auf dem SPD-Parteitag im Dezember 2023 beschlossen wurde <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/spd-parteitag-russlandpolitik-100.html> bzw. https://parteitag.spd.de/fileadmin/parteitag/Dokumente/Antraege/2023_SPD_oBPT_An-tragsbuch.pdf.

Die AG Osteuropa der BAG Frieden und Internationales hat den Antrag der SPD in ihrer letzten Sitzung diskutiert und sich im Konsens für einen vergleichbaren Antrag an die BAG ausgesprochen.

Begründung:

In den letzten beiden Jahrzehnten hat die deutsche Russlandpolitik nahezu parteiübergreifend und trotz zunehmender Autokratisierung Russlands sowie wiederholter russischer Aggressionen gegenüber seinen Nachbarn in Europa auf einen kooperativen Ansatz, vor allem in der Energie- und Wirtschaftspolitik gesetzt. Dieser Ansatz lässt sich nicht anders als einen gravierenden Realitätsverlust der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik bezeichnen, wobei er oft zu Lasten unserer mittel- und osteuropäischen Partner ging. Die sechs Prinzipien („Russland zuerst“; „Wandel durch Handel bzw. Annäherung“; „Interdependenz und Verflechtung als Garantie für Frieden“; „Sicherheit in Europa ist nur mit, nicht gegen Russland möglich“; „Wirtschaft vor Geo- und Sicherheitspolitik“ und „Historische Verantwortung verbietet Russlandkritik“) waren Teile der deutschen außenpolitischen DNA und bis etwa 1990 bzw. in den frühen 2000er Jahren auch durchaus berechtigt und begründbar. Die zunehmenden Autokratisierungstendenzen Russlands unter Wladimir Putin sowie seine brutalen Kriege, darunter der zweite Tschetschenienkrieg und der russisch-georgische Krieg 2008, führten jedoch nicht zu einem Umdenken in der deutschen Russlandpolitik, sondern in die durch die SPD vorangetriebene „Modernisierungspartnerschaft“, basierend auf der falschen Annahme, dass mit Medwedjew ein Reformers an die Macht gekommen sei.

Die verfehlte Russlandpolitik gipfelte im deutsch-russischen Baubeschluss für Nord Stream 2 nach der Annexion der Krim durch Russland mit dem Beginn des Krieges im Donbass im Jahr 2014. Obgleich das Vertrauen in die deutsch-russischen Beziehungen spätestens seit diesem Zeitpunkt massiv erschüttert wurde und Putin Deutschland und die EU als Gegner definierte, hat die damalige Regierung unter Angela Merkel die energiepolitische Abhängigkeit von Russland weiter erhöht. Durch die zurückhaltenden Reaktionen auf ihre Provokation wurde die russische Führung zu weiteren Aggressionen ermutigt.

Bisher haben zwar zahlreiche Politikerinnen und Politiker öffentlich erklärt, sich in ihren Grundannahmen bzgl. der russischen Ziele getäuscht zu haben und die Politik der vergangenen Jahre als Fehler bezeichnet. Dies ist zu begrüßen, aber nicht ausreichend, da die Aufarbeitung der deutschen Russlandpolitik öffentlich, transparent und systematisch erfolgen sollte. Hierfür wäre der Deutsche Bundestag, begleitet von einer Enquete-Kommission, der richtige Ort und Rahmen. Dabei geht es nicht um eine Art „Tribunal“ für einzelne Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger der letzten Jahrzehnte, sondern um eine umfassende, systematische Aufarbeitung der deutschen Russlandpolitik, um derartige politische Fehler im Umgang mit autoritären Staaten zukünftig zu vermeiden. Dies kann die Grundlage für eine realistische und zeitgemäße Russlandpolitik sein und gleichzeitig die Basis für das Aufstellen von neuen Leitlinien für den Umgang mit Russland bzw. anderen autoritären Staaten bilden.